

# STRATEGISCH KLUG WEITER IN DIE ZUKUNFT MANNHEIMS INVESTIEREN

*KURS HALTEN – UMSICHTIG PLANEN*



© & Courtesy BBS Mannheim und BSS Architekten Nürnberg.

**Reinhold Götz**

*Vorsitzender SPD-Gemeinderatsfraktion*

**Rede zum Haushalt 2025 / 2026 der Stadt Mannheim  
Mannheim, 19. November 2024**

**SPD** FRAKTION  
MANNHEIM

# Strategisch klug weiter in die Zukunft Mannheims investieren

## Kurs halten – umsichtig planen

### **SPD-Gemeinderatsfraktion**

Karim Baghlani

Dr. Bernhard Boll

Dr. Stefan Furst-Blei MdL

Reinhold Götz

Samantha Höß

Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper

Nazan Kapan

Andrea Safferling

Dr. Melanie Seidenglanz

### **Redaktion**

Guido Bartscher

Julia Diez

SPD-Gemeinderatsfraktion

Rathaus E5, 68159 Mannheim

Tel.: 0621 / 293-2090

Email: [spd@mannheim.de](mailto:spd@mannheim.de)

[www.spdmannheim.de](http://www.spdmannheim.de)

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Herren Dezernenten,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,**

## **Mannheim hat sich gut entwickelt – darauf können wir aufbauen.**

Die Auswirkungen des von Menschen verursachten Klimawandels, der brutale Terroranschlag der Hamas auf Israel, die Gewalteskalation im Nahen Osten und der in der Ukraine tobende Angriffskrieg Russlands sind aktuelle Krisen, die auch uns betreffen und beschäftigen. Die politischen, humanitären und wirtschaftlichen Herausforderungen sind enorm und haben erhebliche Auswirkungen auf das Zusammenleben in unserer Stadt. Umso mehr erfordern diese Zeiten Umsicht, Solidarität und einen gesellschaftlichen Schulterschluss.

Dieser spiegelt sich auch in den hohen Einbürgerungszahlen wider. Bisher 1.120 Menschen aus 82 Nationen haben in diesem Jahr mit ihrer Entscheidung zur Einbürgerung ein Zeichen der Zugehörigkeit gesetzt, ein Bekenntnis zu unseren demokratischen Werten und zu unserer Stadtgesellschaft.

Deshalb sollten nicht die dadurch entstehenden Kosten, sondern vor allem die Chancen in den Mittelpunkt gerückt werden.

Wirtschaftlich zeigt unsere Stadt, dass sie national und international nach wie vor wettbewerbsfähig und attraktiv ist. So hatte Mannheim im letzten Jahr den größten Zuwachs bei ausländischen Direktinvestitionen, mit fast 200.000 die höchste Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und auch die Fläche bei vermarkteten Büro- und Gewerbeimmobilien ist weiter gestiegen. Trotzdem trifft uns – wie nahezu alle Kommunen – die derzeitige Wirtschaftskrise erheblich, vor allem durch sinkende Gewerbesteuererinnahmen.

Die BUGA 23 und der Grünzug Nordost sind ein Erfolg für Mannheim und die gesamte Metropolregion. Dies zeigt sich u.a. an zahlreichen Auszeichnungen und den über 2,2 Mio. Besucher\*innen. Mit der nachhaltigen Konzeption, dem Ausstellungs- und Kulturangebot wurden Maßstäbe gesetzt und zudem der Kostenrahmen eingehalten. Dies zeigt, dass sich unser Mut und unsere Zuversicht, solch große und zukunftsweisende Projekte der Stadtentwicklung anzugehen, in jeder Hinsicht auszahlen.

Wir haben in den letzten Jahren erhebliche Investitionen in die Bildung getätigt: in die frühkindliche Bildung durch die Sanierung und den Neubau zahlreicher KiTas, in die Schulen durch den Ausbau des Ganztagsangebots, aber auch durch den Bau neuer Schulen. Zwischenzeitlich sind mehr als 70 Prozent unserer Schulen in einem guten baulichen Zustand.

Die hohen Investitionen in die Zukunft der nächsten Generationen haben dazu geführt, dass wir das Vermögen unserer Stadt deutlich erhöhen konnten. Das hat sich auch positiv auf die Entwicklung der Eigenkapitalquote ausgewirkt. Gleichzeitig konnten in den letzten 15 Jahren die bilanziellen Schulden im Kernhaushalt von 695 Mio. Euro auf 526 Mio. Euro reduziert werden.

Ich betone diese Fakten deshalb, weil sich in den letzten Monaten die Diskussion fast ausschließlich darauf fokussierte, dass wir angeblich zu viele und teilweise falsche Investitionsentscheidungen getroffen haben. Letztlich wurden alle Investitionen auf Vorschlag der gesamten Verwaltung, aller Dezernenten und nicht nur des Oberbürgermeisters vom Gemeinderat beschlossen.

## **SPD unterstützt verantwortungsvolle Haushaltsaufstellung**

Selbstverständlich müssen wir bei der Haushaltsplanung die wirtschaftliche Entwicklung und deren Auswirkungen auf unsere Einnahmen- und Ausgabensituation berücksichtigen. Dies auch im Hinblick darauf, dass wir dem Regierungspräsidium einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen sollten.

Deshalb tragen wir die zugrundeliegenden Haushaltsprämissen im Wesentlichen mit:

Keine Erhöhung der Gewerbesteuer, aufkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuer, Fortführung bereits begonnener Investitionsmaßnahmen, keine neuen Investitionsprojekte mit Ausnahme des Sport- und Kulturzentrums Wallstadt.

Den Vorschlag, das neue Innovationszentrum GreenTech im Bestand des Mafinex unterzubringen unterstützen wir. Allerdings stellt sich damit die Frage, wie es mit dem maroden Gebäude des Musikparks im Jungbusch weitergeht, denn als Musikstadt brauchen wir ein Start-up-Zentrum für die Musikwirtschaft. Hier erwarten wir von der Verwaltung im nächsten Jahr Antworten mit entsprechenden Umsetzungsvorschlägen.

Auch der Vorschlag des OB und des Kulturbürgermeisters, den Neubau eines Zentrallagers für das Nationaltheater nicht mehr weiter zu verfolgen, findet unsere Zustimmung.

Ebenso wollen wir wissen, was mit dem bereits für viel Geld angemieteten Gelände im Hafen passieren soll.

Angesichts der erheblichen Kostensteigerungen für die Sanierung der unter einem besonderen Denkmalschutz stehenden Multihalle halten wir die Entscheidung für richtig, zunächst nur das Dach der großen Halle fertigzustellen. Über alles Weitere muss später entschieden werden.

Das Thema Zukunft unseres Universitätsklinikums mit erheblichen Auswirkungen auf den Haushalt wird uns noch längere Zeit beschäftigen. Weiterhin müssen alle politischen Einflussmöglichkeiten auf allen Ebenen genutzt werden, um eine Verbundlösung mit Heidelberg zu erreichen. Sowohl wir als Stadt als auch die Beschäftigten brauchen eine Perspektive.

Für uns als SPD ist klar, das UMM muss als Krankenhaus mit Maximalversorgung erhalten bleiben. Privatisierungsüberlegungen erteilen wir eine Absage. Nicht nachvollziehbar ist allerdings, warum man die Antragstellung auf Erteilung einer Ministererlaubnis zur Verbundlösung erneut herauszögert hat, um die Entscheidung des Bundesrates über die Krankenhausreform abzuwarten. Beides hätte parallel erfolgen können. Dadurch geht nun unter Umständen wertvolle Zeit verloren. Ob jetzt überhaupt noch eine Entscheidung auf politischer Ebene vor der Bundestagswahl und der Konstituierung einer neuen Regierung erfolgen kann, ist höchst fragwürdig.

Zum vorgelegten Haushaltsentwurf kritisieren wir zum wiederholten Male den Umgang mit den Zuschussempfängern. Sie nehmen wichtige Aufgaben für uns als Stadtgesellschaft wahr und müssen auskömmliche finanzielle Zuschüsse erhalten. Die aktuelle Haushaltsplanung sieht bisher nur in Ausnahmefällen eine Dynamisierung vor.

Wir werden deshalb erneut einen Antrag einbringen, der die Verwaltung auffordert bis spätestens Anfang 2026 dem Gemeinderat ein Konzept vorzulegen, wie wir zukünftig mit den Zuschussempfängern verfahren wollen.

## **Infrastruktur erhalten – Eigenbetriebe und Gesellschaften auskömmlich ausstatten**

Der Erhalt unserer verkehrlichen Infrastruktur stellt uns vor große Herausforderungen. Die mit der Anzahl unserer Brücken einhergehenden Investitionsbedarfe sind erheblich. Insbesondere die 97 Brückenbauwerke, deren Sicherheit – so mahnt uns das Beispiel Dresden – für unsere Stadtgesellschaft essenziell ist verdienen dabei besonderes Augenmerk. Ob die Mittel, die wir dafür in den Haushalt einstellen wollen letztlich ausreichen, bleibt abzuwarten. In Bezug auf die personellen Kapazitäten in unserem Eigenbetrieb Stadtraumservice, insbesondere in den Abteilungen Ingenieurbau sowie Planen und Bauen, gehen wir davon aus, dass eine engmaschige Überprüfung der

Funktionsfähigkeit unserer Brücken und wichtigen Verkehrsachsen gewährleistet werden kann. Ist dies nicht der Fall, wäre allerdings dringender Handlungsbedarf geboten.

Die finanzielle Ausstattung einiger Eigenbetriebe und Gesellschaften bereitet uns zunehmend Sorgen. Ich denke hier vor allem an unseren Eigenbetrieb Stadtraumservice und die Stadtpark gGmbH. Als Verwaltung und Gemeinderat müssen wir uns damit auseinandersetzen, ob eine an den Aufgaben orientierte auskömmliche finanzielle Ausstattung gewährleistet ist.

Wir werden bei der Vorlage des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs 76 sehen, für welche konkreten Maßnahmen die Mittel aus den Globalzuschüssen verwendet werden sollen und welche nicht oder noch nicht realisiert werden können. Dies ist aus der Haushaltsplanung nicht ersichtlich.

Auch die finanzielle Situation unserer Stadtparkgesellschaft wirft Fragen auf. Reichen Eigenkapitalausstattung und die jährlichen Zuschüsse aus oder muss nachjustiert werden?

Beide Parks – der Luisen- und Herzogenriedpark – sind für die Lebensqualität in unserer Stadt wichtig, nicht nur als Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch in sozialer Hinsicht. Wir gehen davon aus, dass im nächsten Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum im Rahmen größerer Veranstaltungen angemessen gefeiert wird.

Die Digitalisierung ist essentiell für die Bewältigung vieler Anliegen der Stadtgesellschaft und für die Effizienzsteigerung der Verwaltung. Allerdings haben wir in den letzten Jahren den Anschluss zunehmend verpasst. Im „Smart City Index“ des Branchenverbands Bitkom war Mannheim 2019 beim Thema Digitale Verwaltung noch Spitzenreiter, fünf Jahre später reicht es nur noch für Platz 13 von 82 untersuchten Kommunen.

Auch die Unternehmen leiden unter diesem digitalen Stillstand und Neuansiedlungen werden schwieriger. Das kostet nicht nur Zeit, sondern auch finanzielle und personelle Ressourcen, die an anderer Stelle benötigt werden. Deshalb muss hier dringend fokussiert und gegengesteuert werden.

## **Stadtentwicklung im Blick behalten – GBG und MWSP als Treiber stärken**

Eine zeitgemäße Stadtbibliothek als multifunktionales Bildungshaus hat für die SPD weiterhin Priorität. Der Oberbürgermeister lehnt einen Neubau in N 2 aufgrund der zwischenzeitlich hohen Kosten ab.

In der Machbarkeitsstudie aus 2016, auf die der OB Bezug nimmt, wurden die Kosten für einen Neubau in N 2 auf ca. 35 Mio. Euro geschätzt. Heute liegen wir bei mehr als dem Doppelten. Die auf der Grundlage der Planungsstufe 3 ermittelten Kosten werden uns wie angekündigt im Frühjahr 2025 vorgelegt werden.

Die Verwaltung priorisiert nun eine Realisierung im Stadthaus N 1. Die Kosten dafür wurden 2016 auf 33 Mio. Euro – also unwesentlich weniger als ein Neubau in N 2 – geschätzt. Damals stand allerdings das Stadthaus noch nicht unter Denkmalschutz. Wir erwarten von der Verwaltung daher eine aktualisierte Kostenschätzung für die Unterbringung der Stadtbibliothek in N 1.

In diesem Zusammenhang stellen sich noch viele weitere Fragen, wie z.B.: Ist beim Ausbau des Stadthauses eine Interimslösung für die Stadtbibliothek notwendig? Wie hoch wären dafür die Kosten? Soll der Dalbergplatz dann auch umgestaltet werden? Beteiligt sich auch der private Eigentümer, dem die Hälfte des Stadthauses gehört, anteilig an den Investitionskosten? Hierauf erwarten wir Antworten, bevor die finale Standortentscheidung getroffen wird.

Die Konversion von ehemaligen Militärflächen hat unsere Stadt nachhaltig verändert. Mittlerweile leben fast 10.000 Menschen dort und wir können eine sehr positive Zwischenbilanz ziehen. All das wäre ohne unsere Entwicklungsgesellschaft MWSP nicht möglich gewesen.

Daher halten wir es für richtig, dass die MWSP bei weiteren zukünftigen Stadtentwicklungsprojekten, wie z.B. bei der Konversion der bisherigen Spiegelfabrik auf dem Luzenberg oder bei der Nachnutzung von bisherigen Sportflächen, wie z.B. der Otto-Bauder-Anlage in Seckenheim, eingebunden wird. Wir sollten auf diese Expertise keinesfalls verzichten.

Auch unsere Wohnungsbaugesellschaft GBG ist einer der wichtigsten Akteure für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Zwischenzeitlich ist der Wohnungsbestand auch durch Ankäufe auf fast 20.000 Wohneinheiten angestiegen. Die Durchschnittsmieten der GBG-Wohnungen liegen dabei deutlich unter der ortsüblichen Vergleichsmiete gemäß des Mietspiegels. Und dies soll auch zukünftig so bleiben.

Damit die GBG weiterhin ihre Aufgaben erfüllen und die moderate Wachstumsstrategie fortsetzen kann, sollten wir aus Sicht der SPD die finanzielle Ausstattung verbessern. Da unsere Haushaltssituation derzeit eine direkte Kapitalerhöhung nicht zulässt, sollten wir ihr Eigenkapital dadurch stärken, indem wir zu entwickelnde Grundstücke in die GBG einbringen.

Ausdrücklich kritisch sehen wir die Erhöhung der Gewinnausschüttung an die Stadt von jährlich 1,5 auf 2 Mio. Euro. Die endgültige Entscheidung trifft aber nicht der Gemeinderat, sondern der Aufsichtsrat der GBG Holding.

Im Zuge unserer veränderten Grundstücksstrategie haben wir einen Bodenfonds eingerichtet, in den jährlich 2 Mio. Euro an Haushaltsmitteln fließen. Diese Zuführung enthält auch die jetzige Haushaltsplanung. Positiv herausheben möchte ich ausdrücklich, dass das Volumen der Ankäufe von Flächen zwischenzeitlich deutlich höher ist als das der Verkäufe. Diesen Weg sollten wir konsequent fortsetzen.

## **Weitere Investitionen in unsere Schulen unabdingbar – Masterplan Schulentwicklung dringend notwendig**

Trotz der Fortschritte, die wir in den letzten Jahren beim baulichen Zustand der Schulen erzielt haben, stehen noch große Aufgaben vor uns. Die größten baulichen Herausforderungen sind unsere berufsbildenden Schulen, konkret die Werner-von-Siemens- und die Carl-Benz-Schule mit dem dazugehörigen Werkstattgebäude. Vorsichtige Schätzungen aufgrund einer Machbarkeitsstudie gehen von mindestens 250 Mio. Euro Investitionsbedarf aus. Bisher sind seitens der Verwaltung in der mittelfristigen Finanzplanung noch keine Mittel eingeplant.

Wir schlagen deshalb vor, in Abstimmung mit der Region und der Wirtschaft die fast zehn Jahre alten Ergebnisse der Berufsschulentwicklungskommission aufgrund der dynamischen Entwicklungen im berufsbildenden Bereich einer Überprüfung zu unterziehen. Spätestens vor den nächsten Haushaltsberatungen 2026 muss ein Konzept vorgelegt werden, wie und in welcher Zeitperspektive wir auch diese Schulen angehen. Dies ist nicht nur aus bildungspolitischer Sicht notwendig, sondern auch unabdingbar für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Mannheim.

Auf die lange Bank schieben können wir auch nicht die Entscheidungen für eine grundlegende Sanierung der Waldschule und des Stammgebäudes der Humboldtschule. Für beide Schulen sind auch in der mittelfristigen Finanzplanung noch keine Mittel eingestellt.

Zudem werden für die Umwandlung von weiteren Grundschulen in Ganztagschulen noch erhebliche Mittel benötigt. Im Zuge dessen regen wir an, standortspezifisch darüber nachzudenken, ob beispielsweise gemeinsame Mensen für zwei Schulen in unmittelbarer Nachbarschaft denkbar wären. Beispielhaft könnte dies in der Neckarstadt-West für die Neckar-Grundschule und die Marie-Curie-Schule möglich sein.

Wir erneuern deshalb unsere Forderung nach einem „Masterplan Schulentwicklung“. Rechtzeitig vor den nächsten Haushaltsberatungen sollten Ergebnisse zu diesen Zukunftsvorhaben im Bildungsbereich vorliegen.

## **Kinder, Jugend und Familien stärken**

Jede Investition im Bereich Kinder, Jugend und Familien bringt uns eine Zukunftsrendite. Fortsetzen müssen wir daher den Ausbau der Kapazitäten im KiTa-Bereich. Die für alle Stadtteile vorliegenden Standortkonzeptionen müssen konsequent umgesetzt werden.

Noch notwendiger ist, die Gewinnung von Fachpersonal weiter voranzutreiben, auch wenn es dafür kein allgemeingültiges Patentrezept gibt. Einiges wurde hier bereits auf den Weg gebracht.

Endlich umsetzen sollten wir die bessere Unterstützung von Fachpersonal, das von außerhalb nach Mannheim kommen will, bei der Suche nach einer Wohnung. Hier muss zeitnah entschieden werden, ob und wie die GBG dabei unterstützen kann.

Die von der Verwaltung vollzogene Verkürzung der KiTa-Öffnungszeiten stellt viele Eltern vor fast unlösbare Aufgaben. Die bisherigen Angebote für die Randzeitenbetreuung in einer Einrichtung reichen bei weitem noch nicht aus. Wir sehen, dass die Verwaltung daran intensiv arbeitet. Doch erinnern wir nachdrücklich daran, die Familien mit dieser Herausforderung nicht alleine zu lassen.

Praktikable Lösungen müssen auch für die Einrichtung weiterer Wald- und Wiesenkindergärten gefunden werden. Gerade kleinere freie Träger brauchen hier mehr dezernatsübergreifende Unterstützung.

Sanierungsbedarfe haben wir bei unseren Jugendtreffs und Jugendhäusern, auch in Hinsicht auf die Barrierefreiheit. Zudem sind noch nicht alle Stadtteile mit einem Jugendtreff versorgt. Hier benötigen wir einen klaren Fahrplan für die weitere Vorgehensweise.

Eine Lösung brauchen wir zudem für die adäquate Unterbringung des Stadtjugendrings und des Jugendkulturzentrum Forum, deren Gebäude in einem maroden baulichen Zustand ist. Im Juli 2023 fasste der Gemeinderat den Grundsatzbeschluss, dies in der U-Halle zu realisieren. Es ist zu hören, dass aufgrund einer Machbarkeitsstudie die damals hinterlegten Kostenschätzungen bei weitem nicht ausreichen sollen. Dazu haben wir bisher als Gemeinderat noch keine Informationen. Hier erwarten wir von der Verwaltung Transparenz und vor allem konkrete Vorschläge und einen Zeitplan.

## **Masterplan Mobilität darf nicht in der Versenkung verschwinden**

In verschiedenen Beteiligungsformaten wurden in den letzten Jahren Diskussionen unter fachlicher Begleitung über den sogenannten „Masterplan Mobilität“ geführt. Zielsetzung war es, den Handlungsrahmen zur Steuerung der Mobilität in den nächsten 20 Jahren abzustecken. Ob im ÖPNV, dem Rad- und Fußverkehr oder dem motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr, überall stehen weitreichende Entscheidungen an.

Angekündigt war, dass dem Gemeinderat dazu eine Beschlussvorlage vorgelegt wird. Seit Monaten warten wir darauf, wohl wissend, dass es erheblichen Diskussionsbedarf über die Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmenbündel, die Umsetzungszeiträume und die Finanzierung gibt. Wir fragen Sie nochmals, Herr Oberbürgermeister, wann die Verwaltung, die schon lange angekündigte Vorlage in den Gemeinderat einbringt?

Ebenso steht noch eine Beschlussvorlage zur Umgestaltung der Fressgasse aus, als ersten Schritt zur Verkehrsberuhigung und Attraktivierung unserer Innenstadt. Uns geht es vor allem darum, den Durchgangsverkehr und die Poserszene weitgehend zu unterbinden. Anknüpfen kann man dabei an die konstruktiven Vorschläge, die im Rahmen des Projektes FutuRaum eingebracht wurden.

## **Kultur stiftet Identität und fördert den Zusammenhalt**

Kulturelle Veranstaltungen bringen Menschen in unsere Stadt und tragen dazu bei, dass Mannheim belebt und der Handel und die Wirtschaft gestärkt werden.

Wir unterstützen deshalb alle Maßnahmen, die dazu beitragen das Label „UNESCO City of Music“ zu stärken. Hierfür regen wir an, einen Mannheimer Musikpreis auszuloben. Bei der Ausgestaltung der Modalitäten sollte der Kulturausschuss einbezogen werden.

Auch unsere Museumslandschaft gilt es zu sichern. Insbesondere die Reiss-Engelhorn-Museen haben auf Sanierungsbedarfe und die Notwendigkeit auskömmlicher Betriebskostenzuschüsse hingewiesen.

Die Sanierung des Technoseums, mitfinanziert durch bereits zugesagte Bundesmittel in Höhe von 20 Mio. Euro und kofinanziert mit 10 Mio. Euro kommunalen Mitteln, die sukzessive über mehrere Jahre fließen sollen, unterstützen wir ausdrücklich.

Die Sanierung des NTM wird uns im Gemeinderat auch in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen. Immerhin ein großer Meilenstein ist mit der – wenn auch verspäteten – Inbetriebnahme von OPAL geschafft.

Wir erwarten vom NTM und der Verwaltung, dass alles unternommen wird, um weitere Kostensteigerungen zu verhindern. Gegebenenfalls muss auch darüber nachgedacht werden, ob wirklich alle Einzelbausteine in der geplanten Form realisiert werden können.

Bei der letzten Haushaltsberatung konnte mit der Erhöhung der institutionellen Förderung die freie Kulturszene gestärkt werden. Aber nicht alle Institutionen wurden bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigt. So haben zum Beispiel Ella & Louis oder das Maifeldderby bereits für die Haushaltsberatung Bedarfe angemeldet. Wir werden darüber zu beraten haben, ob diese Einrichtungen auch weiterhin Zuschüsse erhalten sollen.

## **Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft fördern – Ehrenamt, Vereine und soziale Einrichtungen stärken**

Ehrenamtliches Engagement bildet eine tragende Säule für das Funktionieren unserer Stadt. Um das Problem der steigenden Gebühren für Vereine anzugehen, wurde auch auf unsere Initiative hin ein Fonds für Vereine eingerichtet. Der niedrigschwellige Abruf der Gelder muss gewährleistet sein, der Vereinsbeauftragte muss als Bindeglied zwischen Vereinen und Stadtverwaltung agieren.

Sicherlich sind noch weitere Maßnahmen notwendig. So unterstützen wir die Einführung einer Ehrenamtskarte als Anerkennung für das Engagement mit freien oder zumindest vergünstigten Eintritten in städtische Einrichtungen.

Auch für die weitere Unterstützung der sozialen Träger, die wichtige Aufgaben in unserer Stadt wahrnehmen, gibt es große Bedarfe. Wir regen dazu an, gemeinsam mit den Trägern eine stadtteilorientierte Sozialplanung zu erstellen. Dabei ist einerseits zu berücksichtigen, welche Angebote es gibt, aber andererseits auch, welche Doppelstrukturen vorhanden sind.

In unserer Stadt lebende vulnerable Gruppen und Minderheiten benötigen unsere besondere Aufmerksamkeit und unseren Schutz, damit ein Zusammenleben in Toleranz und Vielfalt gelebte Tradition in Mannheim bleibt.

Die menschenwürdige Unterbringung Geflüchteter stellt uns permanent vor große Aufgaben. Wir unterstützen ausdrücklich, dass der Ankauf von geeigneten Immobilien fortgesetzt werden soll. Eine Unterbringung in Hallen gilt es auch in Zukunft zu vermeiden.

Der 7. Oktober 2023 markiert eine Zäsur für unsere jüdischen Mitbürger\*innen. Seither durchdringt Antisemitismus den Alltag in vielerlei Hinsicht. Angriffe und Bedrohungen finden auch in Mannheim vermehrt statt. Wir alle stehen in der Verantwortung Solidarität zu zeigen und zu handeln. Deshalb fordern wir weiterhin die Einrichtung einer Koordinierungsstelle

Antisemitismus, die Projekte und Aktivitäten koordiniert, jüdenfeindliche Vorkommnisse erfasst und präventive Maßnahmen ergreift.

Die Unterstützung des Projektes JUMED reicht bei weitem nicht aus. Demokratiebildung und die Vermittlung demokratischer Werte müssen deutlich ausgeweitet werden, insbesondere für junge Menschen.

Mit der Unterzeichnung der Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene liegt es auch in unserer Verantwortung, Instrumente zur Geschlechtergleichstellung zu entwickeln, auch bei der Haushaltsaufstellung. Im Sinne des Gender Budgeting setzen wir uns dafür ein, die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern auch bei der Entscheidung über Mittelverwendungen einfließen zu lassen. Wir verweisen auf bereits gestellte Anträge unserer Fraktion.

Die jetzt anstehenden Haushaltsberatungen sind durchaus herausfordernd. Aber auch in der Vergangenheit gab es bereits schwierige Zeiten, beispielsweise zu Beginn der 2000er Jahre aufgrund struktureller Veränderungen in der Mannheimer Wirtschaft oder nach 2008 aufgrund der Finanzkrise. Damals wie heute gilt es umsichtig zu planen, aber auch strategisch klug weiter in die Zukunft unserer Stadt zu investieren. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch diese Herausforderung meistern werden.

Zum Ende gilt mein Dank den Mitarbeiter\*innen der Verwaltung, den Personalrät\*innen in den Fachbereichen und Dienststellen, der kritischen Reflexion und der Mitarbeit meiner Fraktionskolleg\*innen sowie der Unterstützung durch unsere Fraktionsgeschäftsstelle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**SPD Gemeinderatsfraktion Mannheim**

**Rathaus E5**

**68159 Mannheim**

**Tel. 0621 / 293-2090**

**[spd@mannheim.de](mailto:spd@mannheim.de)**

**[www.spdmannheim.de](http://www.spdmannheim.de)**

 **[spdmannheimgemeinderat](#)**

 **[SpdFraktionMannheim](#)**